

Leserbrief zur Streichung von 44 Arbeitsplätzen bei SKS. Antwort auf den Leserbrief von Wigand Keller (diesen siehe unten). Antworten auf meinen Leserbrief ebenfalls unten:

Wenn die Argumente ausgehen,...

Schade, dass auf meinen Leserbrief nicht argumentativ, sondern persönlich angreifend geantwortet wurde. Aber dies ist ja nicht zum ersten Mal so.

Man sollte doch schon denselben Anspruch an sich stellen, bevor man Anderen vorwirft, sie hätten sich nicht richtig informiert. Zur Klarstellung: Selbst als Student kenne ich den Alltag in Unternehmen, arbeite ich doch seit meinem Abitur 2002. Und davor hatte ich schon einige Ferienjobs gemacht. Ach ja, nicht zu vergessen, dass ich mich mit 18 selbstständig gemacht hatte. Ich denke, dass ich die Praxis mehr als ausreichend kenne. Derzeit arbeite ich für eine Unternehmensberatung und habe so einen guten Einblick in die Probleme, mit denen Firmen wie SKS konfrontiert sind. Ohne die, mir komischerweise vorgeworfene, „betriebswirtschaftliche Orientierung“ lässt sich kein Unternehmen führen. Ich wünschte mir, wenn einige der Diskutanden diese auch hätten.

Auch ohne Studium ist ganz klar: Arbeitsplätze werden von Unternehmen nur dann angeboten, wenn sie eine Aussicht auf Profit bringen. Ansonsten kann das Unternehmen langfristig nicht auf dem Markt bestehen. Dieser Realität muss man sich stellen.

Nach der Ausgliederung der Logistik Sparte ist das neue Unternehmen übrigens ein Speditionsdienstleister - falls das so aus der bisherigen Berichterstattung nicht klar wurde.

Wenn mein Studium schon thematisiert wird: Als Student der Wirtschaftswissenschaften gehört übrigens auch Tarif- und Arbeitsrecht zu meinen Studiengebieten, somit kenne ich mich hier also bestens aus. Darum habe ich ja auch nicht von der derzeitigen Situation gesprochen, sondern den künftigen Soll-Zustand beschrieben: Entscheiden sich 75% der Belegschaft für einen Haustarifvertrag, soll dieser gelten. Ohne wenn und aber. Das kann ich übrigens auch sehr gut im Namen der JuLis schreiben.

Schließlich ist es Beschlusslage, auf allen Ebenen. Übrigens auch der FDP.

Zum Thema würde mich übrigens auch mal ein Leserbrief von einem der 44 Arbeitslosen interessieren. Ich glaube kaum, dass die sich von den Gewerkschaften vertreten fühlten oder gar, wie geschildert, von ihnen „geschützt“ wurden. Sehr wohl hätten diese nämlich was für die bis zu 500 Euro weniger Lohn bekommen: Ihren alten Arbeitsplatz!

Stefan Gassner
Junge Liberale Tuttlingen

Nachrichtlich, der Original-Leserbrief von Wigand Keller, auf dessen sich mein Brief bezieht:

Haustarifverträge mit Geben und Nehmen

Wenn 44 LKW-Fahrer bei SKS ihre Arbeit verlieren, dann ist das nicht nur traurig, sondern darüber hinaus sind nicht nur 44 Einzelschicksale damit verbunden, sondern die vieler Menschen, nämlich den Familien dieser Fahrer. Auf diesen Menschen wird das ausgetragen, wo andere schlecht gewirtschaftet haben. Mir persönlich tun diese Menschen sehr leid.

Und nun wird der Gewerkschaft der „Schwarze Peter“ zugeschoben, wie immer, wenn etwas nicht so läuft, wie es manche gerne hätten. Da ist zu lesen „Gewerkschaft legt sich quer“ oder „Gewerkschaftsfunktionäre aus Freiburg verhindern einen vernünftigen Haustarifvertrag“. Dem kann ich keinesfalls kommentarlos zustimmen.

Die Aufgaben einer Gewerkschaft sind zunächst die, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten und das bedeutet, dass Rahmenbedingungen oder Entlohnung für die Arbeit mit dem jeweiligen Arbeitnehmerverband vereinbart oder aber Haustarifverträge abgeschlossen werden. Dies bedeutet insbesondere bei Haustarifverträgen, dass es ein Geben und ein Nehmen geben muss.

Dieses Geben und Nehmen war im Falle SKS nicht vorhanden! SKS wollte den LKW-Fahrern monatlich 500 Euro wegnehmen und ihnen nichts dafür geben! Herr Möllers sollte besser Recherchieren, wenn er diese Vorgehensweise mit anderen Haustarifverträgen oder „Standortsicherungsverträgen“ vergleicht. Zumindest für Aesculap kann ich sicher sagen, dass sämtliche Arbeitnehmer einen Nutzen nämlich z.B. einen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen aus dem laufenden Standortsicherungsvertrag haben.

Wenn dann Stefan Gassner in seinem Leserbrief schreibt, dass er es generell für richtig findet, wenn gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird, kann ich ihm prinzipiell zustimmen, ich kann mir aber nicht vorstellen, dass er als Student beurteilen kann, dass es dasselbe ist, ob man Kies durch die Gegend fährt oder Speditionsgüter und dies schon gar nicht, wenn man bedenkt, dass SKS kein Speditionsunternehmen ist. Weshalb sollen dann die Fahrer nach dem Speditionstarifvertrag bezahlt werden?

Herrn Gassner empfehle ich zudem, dass er sich, bevor er solche Leserbriefe im Namen der Jungen Liberalen verfasst, mit dem Tarifrecht beschäftigt, denn sonst würde er wissen, dass Tarifverträge nur von

Tarifvertragsparteien geschlossen werden können und die Belegschaft ist im Falle von SKS keine Tarifvertragspartei. Auch wenn die LKW-Fahrer mehrheitlich beschlossen haben, dass der Vorschlag von SKS angenommen werden sollte, muss die Gewerkschaft die Belegschaft schützen können.

In wieweit die Geschäftsführung von SKS auf die LKW-Fahrer Druck ausgeübt oder diese gar

erpresst hat, damit es zu einem solchen Abstimmungsergebnis gekommen ist, vermag ich nicht zu beurteilen, man kann aber davon ausgehen, dass dann, wenn die angepeilten 350 000 Euro Einsparung nicht ausreichen, die LKW-Fahrer erneut zur Kasse gebeten worden wären. Müsstest sie dann für 5 Euro oder 3 Euro oder einen Euro arbeiten? Dies kann und darf es doch nicht geben.

In den Ausführungen von Stefan Gassner ist eindeutig die betriebswirtschaftliche Orientierung herauszulesen. Im Falle von SKS wäre es aber besser gewesen, dass alle Arbeitnehmer und nicht nur die LKW-Fahrer auf einen Teil ihrer Bezahlung verzichten um die Arbeitsplätze zu

retten und der Firma zu helfen?

Die Praxis, auch in der Politik, ist eben etwas anderes, als die

Theorie, die man in einem Studium an einer Universität lernen kann und eine solche Praxis sollte sich Stefan Gassner erst einmal aneignen.

Wigand Keller
Stellv.
Betriebsratsvorsitzen
der, Aesculap AG &
Co. KG

Und hier die Antworten auf meinen Leserbrief von oben:

Zu: „Das klingt doch sehr sarkastisch“, vom 13. Juni.

44 Entlassene sind eine ernste Sache

Grundsätzlich habe ich Verständnis, wenn Herr Gassner als unbeteiligter nur wenig Ahnung von den Vorgängen bei SKS Logistik hat. Der Jungliberale geht in seiner Beurteilung jedoch von einem Ergebnis aus, das es so zwar nicht gibt, das aber offensichtlich in seine Denkschablone passt. Nach dieser Denkschablone „spricht dieses Ergebnis für sich“. Hätte er die Schwäbische Zeitung mal richtig gelesen (Samstag, 10. Juni), er wüsste dann wenigstens, dass es ein Abstimmungsergebnis von 30 zu 24 Stimmen gegen einen Haustarifvertrag „ohne Gegenleistung“ gab. Ich meine dazu: Wer lesen kann ist klar im Vorteil.

Dass Herr Gassner Begriffe wie „Kündigungsschutz“ und „Beschäftigungssicherungsklausel“ durcheinanderbringt, zeigt nur, wie oberflächlich und leichtfertig man in der FDP mit solchen Dingen

umgeht. Im Übrigen bekommen die Entlassenen erst mal Arbeitslosengeld, was ja schon wenig und schlimm genug ist. Dafür haben sie aber schließlich auch Beiträge bezahlt. Es bleibt ein Rätsel was das mit dem Steuerzahler zu tun hat. Meine Meinung: Die Vorgänge bei SKS, insbesondere die 44 Entlassungen sind eine ernste Sache und nicht als populistische Spielwiese für irgendwelche Juppis geeignet.

Bezüglich der Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften empfehle ich Herrn Gassner, doch mal die Zahlen der „Partei der Besserverdienenden“ mit denen der Gewerkschaften zu vergleichen. Herr Gassner meint, aus deren Mitgliederentwicklung ein Meinungsbild der Bevölkerung herauslesen zu können. Dieser Schuss geht wohl eher nach hinten los. Sogar einzelne Gewerkschaften haben immer noch weit mehr Mitglieder als alle

politischen Parteien zusammen.

Als Krönung glaubt der Jungliberale die Tätigkeit eines LKW-Fahrers beurteilen zu können indem er anführt, es spiele doch keine Rolle, ob man Speditionsgüter oder Kies „durch die Gegend fährt“. Ich vermute, hier wird Meinungsfreiheit mit Narrenfreiheit verwechselt.

Peter Fischer
Vorsitzender

DGB-Region

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Zur *Berichterstattung und Kommentierung über die Firma SKS.*

Das erzeugt weitere Verunsicherung

Die Darstellung der Vorgänge um die Entlassung der 44 Lkw-Fahrer bei SKS und deren Kommentierung offenbaren Folgendes:

Das Eintreten für Beschäftigungssicherung ist für ein Unternehmen ein Grund zur

Entlassung, für einen jungen Liberalen ist es sarkastisch und für Herrn Möllers wird dadurch Arbeitsplatzsicherheit verspielt.

Man muss sich einmal klar machen, welcher Wertewandel sich hier vollzieht, um es mal vorsichtig auszudrücken.

Nach allem, was öffentlich bekannt ist, ist die wirtschaftliche Situation bei SKS eigentlich recht solide. Nichtsdestotrotz scheint die Entlassung eines Teils der übernommenen Belegschaft schon früh Teil des betriebswirtschaftlichen und personalpolitischen Kalküls gewesen zu sein. Warum sonst wäre - trotz Zugeständnissen der Belegschaft - gerade die Beschäftigungssicherung der Auslöser für eine Freisetzung gewesen ?

Krisensituationen bedürfen einer gemeinsamen Lösungsstrategie. Dazu gehören Transparenz und Fairness unter den Interessensvertretern. Das beinhaltet ein Geben und Nehmen. Davon scheint man bei SKS nicht viel zu halten und wird dabei von Presse und den jungen neuen Liberalen gestützt.

Wir halten fest: Beschäftigungssicherung wird zum Ausnahmezustand degradiert. Die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen und -rechte wird in den Kommentaren für nahezu überflüssig erklärt, außer sie tun, was die Gegenseite will.

Auf einem derartigen Paradigmenwechsel liegt kein Segen. Das erzeugt weitere Verunsicherung, prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse und ein verstärktes Klima der Angst.

Die Begründer der in Deutschland institutionalisierten Sozialpartnerschaft wollten genau das verhindern. Und sie haben gut daran getan. Stabile soziale, arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen und eine Übereinstimmung hinsichtlich Umgangsformen sind weit aus bessere Voraussetzungen für den Vollzug von Veränderungen in Unternehmen und in der Gesellschaft, als das Aushöhlen von Rechten und die Ignoranz gegenüber Menschen, die sich jahrelang eingesetzt haben.

Gut, dass sich der Gränzbote durch die Berichterstattung aus der Perspektive der IG Bau für eine breitere politische Debattenkultur geöffnet hat. Daran zeigt sich : Etwas mehr investigative Recherche belebt die Demokratie, fördert einen breiteren Meinungsbildungsprozess und erfreut damit so manchen Abonnenten und tut der Region wahrlich gut.

Jens Junginger

Wirtschafts- und Sozialpfarrer

Reutlingen/Tuttlingen

Zu: „Das klingt doch sehr sarkastisch“, vom 13. Juni.

Gegenleistung darf man erwarten

Natürlich, die Gewerkschaft ist mal wieder an der Vernichtung von Arbeitsplätzen schuld - sehr einfach. Aber mehr darf man vom ach so freien Demokraten Gassner nicht erwarten.

Er redet von Sarkasmus. Diesen sehe ich aber bei der Geschäftsführung von SKS. Denn, wenn nicht von Anfang an die Absicht bestand, die 44 Lkw-Fahrer zu entlassen, warum wehrte sich dann die Geschäftsführung gegen eine Beschäftigungssicherungsklausel? Den Arbeitnehmern wurde ein Lohnverzicht von 500 Euro abverlangt. Da darf man sehr wohl diese Gegenleistung erwarten. Wo stünden denn die Beschäftigten in Kürze, wenn sie darauf verzichtet hätten? Mit aller Wahrscheinlichkeit auf der Straße - allerdings mit deutlich weniger Arbeitslosengeld.

Fragen über Fragen also. Ebenso wie diejenige, woher der Jungliberale über die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Landkreis Bescheid zu wissen meint.

Fabian Rothfuss

Juso-Kreisvorsitzender